

Die Sowjetwirtschaft — heute

Eine Antikritik

Von

Adolf Weber - München

Kürzlich hat sich George F. Kennan, einer der besten amerikanischen Diplomaten, der sowohl vor wie nach dem zweiten Weltkrieg eine maßgebende Stelle bei der amerikanischen Botschaft in Moskau innehatte, über die Aussichten einer friedlichen Koexistenz zwischen dem Westen und der Sowjetunion geäußert (Foreign Affairs 1960, S. 171 ff.). Er weist mit aller Entschiedenheit die Redensart zurück, die Sowjetunion habe von allem Anfang an die friedliche Koexistenz als Grundprinzip ihrer Außenpolitik proklamiert. Die Erfahrungen belasteten die Begriffe „Friede“ und „friedlich“, wie sie von den Kommunisten so häufig gebraucht würden, ganz erheblich. „Ein Friede, der dem allgemeinen Sicherheitsverlangen entsprechen soll, muß auf dem Grundsatz der unantastbaren Freiheit der Völker aufgebaut sein. Es gibt freilich auch einen anderen Frieden — den Kirchhofsfrieden unter einer Zwangsherrschaft. So wie die Sowjets mit dem Wort „Friede“ um sich werfen, gehen sie daran vorbei, daß man Völker auch ohne sichtbare Gewaltanwendung unterdrücken kann — unter Umständen schon durch bloße Drohungen.“ Kennan hält aber trotzdem für die Zukunft eine friedliche Koexistenz nicht für ausgeschlossen, wenn die Statsmänner hüben und drüben die gemeinsame Verantwortung für die verfahrene geschichtliche Situation und ihre Normalisierung ohne Hintergedanken zu übernehmen bereit sind. Dazu sei vor allem erforderlich, daß die Sowjets sich unbefangen ein der objektiven Wahrheit entsprechendes Bild von der Sachlage machen und unter Verzicht auf Propaganda für ihre Ideologie echte Friedenspolitik betrieben.

In meinem Buche „Sowjetwirtschaft und Weltwirtschaft“ (Berlin 1959) habe ich auf einem eng begrenzten Gebiete die „objektive Wahrheit“ zur Geltung zu bringen versucht. Ich äußerte mich zu der im Titel angedeuteten Problematik lediglich als Vertreter der Volkswirtschaftslehre, also einer der vielen Interessenbereiche und Tätigkeitskreise, die das Gesamtleben eines Volkes ausmachen; die

Volkswirtschaftslehre darf bei ihren Überlegungen die volkswirtschaftlichen Erwägungen nicht außer Acht lassen, aber ihr Erkenntnisobjekt ist viel umfassender, und ohne Werturteil ist sie für die Volkswirtschaftspolitik sinnlos. Von dem Standpunkt der Volkswirtschaft aus habe ich zu den Wachstumsbedingungen der Sowjetwirtschaft ebenso unbefangen Stellung zu nehmen, wie der Botaniker zu den Wachstumsbedingungen einer interessanten Pflanze. Gewiß werden dabei hüben und drüben Vorurteile eine Rolle spielen, aber „tamen est laudanda voluntas“, der gute Wille ist jedenfalls dann zu loben, wenn man sich bemüht, in der Diskussion auch einem Gegner gerecht zu werden.

Erfreulicherweise hat zu meinen Ausführungen J. Kronrod, derzeit einer der angesehensten Sozialökonomien in der Sowjetunion, in einem Aufsatz in der führenden Zeitschrift *Woprosy Ekonomiki* (1960, Heft 2), unter der Überschrift „Adolf Webers kritischer Feldzug“ in einem längeren Aufsatz Stellung genommen. Wenn ich nicht irre, ist es seit vielen Jahren das erste Mal, daß in einer sowjetrussischen Zeitschrift ein nichtmarxistischer Vertreter der Sozialökonomie eingehend kritisiert wird. Kronrod schließt seinen Aufsatz mit dem Satz: „Die Scheuklappen der kapitalistischen Gesellschaft hindern Professor Weber daran, den großen Schritt der neuen Gesellschaft zu sehen.“ Nun habe ich aber gerade in den letzten Jahren die Volkswirtschaft dieser „kapitalistischen Gesellschaft“, die sich übrigens in den verschiedenen „kapitalistischen“ Ländern sehr verschieden gestaltet, hart kritisiert, z. T. mit ähnlichen Argumenten, wie ich sie der derzeitigen Sowjetwirtschaft gegenüber glaube anführen zu müssen¹. Ich habe in dem von Kronrod kritisierten Buche weder irgendeine Ideologie verteidigt oder angeklagt, ich habe auch nicht als Politiker, erst gar nicht als Parteipolitiker das Wort genommen. Dagegen rede ich einer marktwirtschaftlichen Orientierung das Wort, die ich sehr wohl von einer volkswirtschaftlichen Ordnung zu unterscheiden weiß, für die insbesondere eine ausgleichende Gerechtigkeit für die am gemeinsamen Schaffen Beteiligten das Kernstück sein muß.

Seit dem XX. Parteitag hat sich deutlich sichtbar eine Wandlung in dem Wesen der Sowjetwirtschaft vollzogen. Vorbereitet hat sich diese Wandlung unter dem Zwang der Entwicklung schon Jahre vorher, also bereits unter Stalin. Seit Lenin auf dem X. Parteitag (1921) die Nep-Politik und damit eine gewisse Rückkehr zu „kapitalistischen“ Methoden verteidigte, unter dem Motto „Leider war des Übels zu

¹ Vgl. meine jüngsten Publikationen: *Wolken am Konjunkturhimmel* 1. Aufl. Juni 1959, 2. Aufl. Okt. 1959. — *Unsere gegenwärtige Konjunktur* in: *Die Aussprache, Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer*, Mai 1960, S. 109 ff.

viel und des Guten zu wenig“ wurden auf keinem Parteitag die sozialökonomischen Leistungen der vergangenen Zeit so erbarmungslos kritisiert, wie das Chruschtschow auf dem XX. Parteitag getan hat. Gewiß geschah das nicht zuletzt deshalb, weil dem Heroenkult, der mit Stalin betrieben wurde, ein Ende gemacht werden sollte, aber Chruschtschow war und ist doch zu sehr Pragmatiker, um zu erkennen, daß für Rußland eine neue Zeit gekommen ist, die für neue Aufgaben neue Wege erforderlich macht; ohne Verzicht auf das Endziel: Eroberung der Welt für den Kommunismus.

Das für die Sozialökonomie entscheidend Wichtige scheint mir zu sein, daß die Lehre Stalins: „Für die Verbesserung dieses oder jenes Produktionsinstruments, dieses oder jenes Elements der produktiven Kräfte dürfen nicht maßgebend sein die Alltagsinteressen, nicht irgend ein unmittelbar greifbarer Vorteil, sondern die gesellschaftlichen Resultate derartiger Verbesserungen“, preisgegeben worden ist. Diese Preisgabe schließt dreierlei in sich: 1. In der Gegenwart muß der Lebensstandard aller Volksschichten durch die technischen Fortschritte nachhaltig verbessert werden; 2. die Fesseln, in die der dialektische und historische Materialismus das Streben nach unmittelbaren materiellen Fortschritten für die lebende Bevölkerung legte, werden gelockert; 3. der auswärtige Handel wird gefördert, nicht um hier und da fehlende Devisen zu beschaffen, sondern bewußt, um an den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung — mehr Güterarten, größere Gütermengen, besserer Ausgleich des volkswirtschaftlichen Soll und Haben — teilzunehmen.

Kronrod sieht in meinem Buch deshalb einen Fortschritt, weil es die „theoretische Kritik des sozialistischen Wirtschaftssystems mit der konkreten Analyse“ verbinde. Vom Standpunkt dieser „synthetischen Position“, wie Kronrod sich ausdrückt, mache ich gegen die überschwenglichen Hoffnungen der Sowjets vier Bedenken geltend: 1. Beeinträchtigung der Produktivität des freien Entschlusses durch ungenügende Achtung der Freiheit und der Würde des nach Gottes Ebenbild geschaffenen Menschen; 2. Unproportionalität des volkswirtschaftlichen Kräfteeinsatzes; 3. erschwerte und ungenügende Neubildung sowie Verschwendug des volkswirtschaftlichen Produktivkapitals; 4. im System liegender Verzicht auf die wesentlichen Vorteile einer durch die Marktpreisbildung geordneten internationalen Arbeitsteilung.

Kronrod versucht Stellung zu nehmen. Sehen wir, mit welchem Erfolg. Ich benutze bei meiner Antikritik Material aus der jüngsten Vergangenheit, das ich in meinem Buche noch nicht berücksichtigen konnte.

1.

Das, was Kronrod zu meiner ersten These zu sagen hat, ist auffallend wenig. Es ist eigentlich nur die Versicherung, daß in der sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft das Normensystem dafür sorge, daß jeder nach seiner Leistung unter Verzicht auf jede Ausbeutung entlohnt werde. In jüngster Zeit mehren sich jedoch in der Sowjetwirtschaft die Anzeichen, daß dies nicht genügt, um den einzelnen zu bestmöglichen Leistungen anzuregen. Auf dem XI. Parteitag 1922 meinte Lenin: „Der Kommunist, der die größte Revolution gemacht hat, auf den vierzig europäische Länder mit der Hoffnung auf Erlösung vom Kapitalismus blicken, muß von einem simplen Handlungsgehilfen lernen, der zehn Jahre in einer Mehlbude herumgelaufen ist, während er, der verantwortliche Kommunist das nicht nur nicht versteht, sondern nicht einmal versteht, daß er es nicht versteht.“ Das, was Lenin damit meinte, war gewiß nicht das technische Können des Handlungsgehilfen in der kapitalistischen Welt, sondern die Entfaltung der menschlichen Wirksamkeiten, wie sie bei dem Leistungswettbewerb freier Menschen, die zu gemeinsamer Arbeit miteinander sich verbunden fühlen, zur Selbstverständlichkeit wird. Die Volkswirtschaft Preußens war nach den Niederlagen im Kampfe gegen Napoleon in einer schlimmeren Lage als in der Gegenwart viele „unentwickelte Länder“, denen heute unser Mitleid und unsere Hilfsbereitschaft gilt. Ganz aus eigener Kraft hatte das gedemütigte und aufs äußerste ausgebeutete Land sich im Laufe einiger Jahrzehnte emporgearbeitet. Die Grundgedanken der Wirtschaftspolitik, die dies ohne jede fremde Hilfe ermöglicht hatten, wurden vom Freiherrn vom Stein in seiner Nassauer Denkschrift (1807) folgendermaßen gekennzeichnet: „Das zudringliche Eingreifen der Staatsbehörden in private Angelegenheiten muß aufhören, und dessen Stelle hat die Tätigkeit des Bürgers einzunehmen, der nicht in Formen und Papier lebt, sondern kräftig handelt.“ Wir wissen, wie erfolgreich Stein und die Staatsmänner, die mit ihm arbeiteten, auf dieser Grundlage den Wiederaufbau des zusammengebrochenen Preußens in die Wege zu leiten vermochten. Ein Jahrhundert später meinte Gustav Schmoller rückschauend: „Die großen Männer, die den preußischen Staat 1808 bis 1840 wieder aufrichteten, konnten das nur, indem sie eine freie ‚commercial society‘ schufen.“ Das, was den großartigen Aufschwung Preußens-Deutschlands im 19. Jahrhundert hervorbrachte, war nicht nur der Leistungslohn, der materielle Anreiz, sondern Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnungssinn, Solidarität der Menschen, die sich als Kinder eines Vaters, der nicht von dieser Welt ist, verbunden und verpflichtet fühlten. Daraus ergab sich von selbst das Verantwortungsgefühl jedes einzelnen, als freier Bürger im Dienste des Ganzen selbständig zu

handeln. Allerdings vorläufig noch ohne daran gehindert zu werden durch Monopole der Unternehmer und der organisierten Arbeiter.

Die christliche Weltanschauung trug dazu bei, die Würde des Menschen über alles zu setzen, weil die Auffassung vorherrschte, ein jeder sei ohne Unterschied des Standes und der Rasse nach Gottes Ebenbild geschaffen. Die daraus sich ergebenden Folgen zog freilich die Gesetzgebung erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts im Sinne des Strebens nach ausgleichender Gerechtigkeit. Als Vertreter der Volkswirtschaftslehre habe ich nicht zu untersuchen, wieviel von diesem Glauben in den heutigen „kapitalistischen“ Ländern noch vorhanden ist, sondern lediglich festzustellen, daß dieser Glaube, soweit er lebendig bleibt, wesentlich dazu beiträgt, auch ein Optimum des gemeinsamen Schaffens und der sozialen Zufriedenheit zu erzielen. Montesquieu sagt in seinem „Esprit des lois“: „Wunderbar! Die christliche Religion, die nur die Glückseligkeit des künftigen Lebens zum Gegenstand zu haben scheint, begründet auch das Glück des gegenwärtigen Lebens.“ Die in meinem Buche gestellte Frage, was der Sozialismus-Kommunismus, der auf seinen Atheismus stolz ist, als Ersatz für dieses Aktivum zu bieten vermag, beantwortet Kronrod nicht.

Daß es nicht genügt, an die Stelle von Gott, der von allen Menschen, die an ihn glauben, als Vater verehrt wird, den Götzen Technik zu setzen, empfinden auch in der Sowjetunion, wenn nicht alles täuscht, in neuester Zeit die denkenden Philosophen und Sozialökonomien immer mehr. Im Juni 1958 fand in Moskau eine Tagung der gesellschaftswissenschaftlichen Abteilung der Akademie der Wissenschaften statt, die der Theorie des Aufbaus des Kommunismus gewidmet war. Bei dieser Gelegenheit kritisierte Kronrod die in der Literatur verbreitete Definition der sozialistischen Produktionsverhältnisse als Beziehungen der freundschaftlichen Zusammenarbeit und der sozialistischen gegenseitigen Unterstützung von Menschen, die frei von Ausbeutung sind. Die Ausdrücke „Zusammenarbeit“ und „gegenseitige Unterstützung“ besäßen einen moralisch-ethischen Charakter und drückten keine wirtschaftlichen Kategorien aus. Er schlug folgende Definition vor: „Sozialistische Produktionsverhältnisse sind Beziehungen zwischen Menschen bei der materiellen Produktion und deren Austausch, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, auf der Verteilung nach der Leistung und auf der Aneignung des Mehrprodukts einzig und allein durch die Werktätigen basieren.“ Das scheint mir vom Standpunkt des Leninismus richtig zu sein, aber es genügt offenbar nicht, wenn das Optimum des gesellschaftlichen Erfolges und der Verdrängung des „Ichs“ durch das „Wir“ erzielt werden soll. Das wurde auch in der Diskussion verschiedent-

lich deutlich. Der Kampf zwischen Technokraten und Theokraten wird gerade auch im Interesse des nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolges in der Sowjetunion nicht zur Ruhe kommen.

Am deutlichsten wird das Versagen der Technokraten, trotz aller Versuche, gemachte Fehler durch etwas Besseres zu ersetzen, in der Landwirtschaft. Am Anfang des 19. Jahrhunderts pries Sismondi, der erste „Katheder-Sozialist“, den Bauer, „der mit seinen Kindern die ganze Arbeit auf seinem Erbteil verrichtet, der weder seinen Pachtzins an jemanden über ihm noch einen Lohn an jemanden unter ihm bezahlt“.

Um die Jahrhundertwende erklärte Karl Kautsky in seiner „Agrarfrage“, die die marxistische Anschauung zu verteidigen bemüht war, das, was Sismondi sage, sei kein erfundenes, sondern von einem scharfen Beobachter nach der Natur gemaltes Bild. Die geistige Kraft, die von Sismondi so eindrucksvoll geschildert wurde, suchen die bolschewistischen Machthaber durch Technik und Organisation zu ersetzen. Der Mißerfolg ist im Laufe der Jahrzehnte immer wieder deutlich geworden. Kennzeichnend ist aber, daß jüngst der Agramer Universitätsprofessor Mirkovic in seiner „Einführung in die Wirtschaft Jugoslawiens“ meint: „Seit 1945 hat sich die Produktion in der Landwirtschaft nicht vergrößert. Die neuen Produktionsverhältnisse haben nicht zu einer Erhöhung der Fruchtbarkeit des Bodens beigetragen. In vielen Fällen war sogar ein Rückgang zu beobachten infolge Mangels an richtiger Pflege.“ Und auf Grund der Erfahrungen, die in Polen insbesondere auf dem Lande gemacht wurden, meinte Zenon Kliszko, ein Freund Gomulkas, der materielle Anreiz sei ein schlechter Motor. Er dürfe zwar nicht unterschätzt werden, aber der wahre Mensch betrachte nicht als einziges Ziel seines Lebens und Arbeitens den materiellen Vorteil. Es gelte, die geistigen Kräfte zu mobilisieren.

Chruschtschow suchte das verfahrene landwirtschaftliche Problem zu meistern durch Abschaffung der Maschinen-Traktoren-Station (MTS) und durch Veränderung der Besitzverhältnisse zwecks beschleunigten Überganges zum Großbetrieb unter Verdrängung des Restes einer bäuerlichen Eigenwirtschaft. Dabei dienten zunächst die Sowchosen als Vorbild. Nun zeigte sich aber, daß die im Sinne des Kommunismus höhere Wirtschaftsform des Staatsgutes weniger erfolgreich war als die niedere Wirtschaftsform der genossenschaftlichen Cholchosen. Es wird berichtet, daß infolge des Überganges der Cholchose-Bauern zu Sowchosenarbeitern die Leistungen zurückgingen. Im Dezember 1959 sagte der damalige Landwirtschaftsminister in einer Rede, die sich mit den neugeschaffenen Sowchosen beschäftigte: „In den Sowchosen mangelt es an Wohnraum und an Getreidespeichern. Die Versorgung des Viehs mit Ställen hat sich verschlechtert. Die Index-

ziffern der Produktion in den landwirtschaftlichen Haupterzeugnissen sind pro ha jetzt bei den Sowchosen niedriger als bei den Cholchosen.“

Unzweifelhaft sind im Leben der Sowjetunion einige Ansätze festzustellen, an die Stelle des staatlichen Zwanges gesellschaftliche Selbstverwaltung zu setzen. Im April 1958 hat Chruschtschow in einer Rede vor dem Konsomolkongreß darauf hinauslaufende Anregungen gegeben. Als Organe der „gesellschaftlichen Selbstverwaltung“ werden genannt das Dorfgericht, das Kameradschaftsgericht in Fabriken und bei Behörden, die Wohnungsgenossenschaften, die Produktionskonferenzen in den Betrieben. Im Dienste des öffentlichen Ordnungsdienstes beteiligen sich die „Volksdrustinen“ der Arbeiter und Angestellten; sie sind u. a. bemüht, daß der Anstand bei Volksvergnügen gewahrt wird. Es wäre erfreulich, wenn diese „Selbstverwaltung“ mehr wäre als ein Ornament zu dem parteiamtlichen Zwang. Ein Beweis dagegen brauchen noch nicht allgemeine Versicherungen zu sein, wie jüngst (Mai 1959) eine Erklärung der „Iswestija“: „Es versteht sich von selbst, daß der Übergang einzelner Funktionen von den Staatsorganen auf gesellschaftliche Organisationen durchaus keine Minderung der Rolle des sozialistischen Staates und seiner Organe beim Aufbau des Kommunismus bedeutet.“

Für die zunehmende Kritik an dem Kollektivprinzip zugunsten einer gewissen Selbstverwaltung sprechen auch die Ansätze zu einer Wiederbelebung des gewerkschaftlichen Eigenlebens. In der Zeit Stalins waren die Gewerkschaften im wesentlichen nur ausführende Organe im Dienste der zentralen Planwirtschaft. In einem Aufsatz, den das Gewerkschaftsorgan „Trud“ im Dezember 1957 veröffentlichte, wird darüber geklagt, daß es in der Führung des sozialistischen Wettbewerbs noch viel Formalismus gäbe. Die Gewerkschaften müßten verstärkt die schöpferische Initiative der Arbeiter, Ingenieure und Techniker zur Entfaltung bringen. Die leitenden Gewerkschaftsfunktionäre sollten einen großen Teil ihrer Zeit in Betrieben und auf Baustellen unter den Arbeitern und Angestellten verbringen, um so ein Maximum von Initiative bei der Verbesserung der Organisation, der Produktion, der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter zu erreichen. Freilich wird gleichzeitig nachdrücklich betont: „Die Gewerkschaften können ihre Aufgabe nur unter Führung der Partei, mit ihrer Hilfe und Unterstützung lösen.“ Ist jedoch die Warnung Trotzkijs vor einer „ungezügelten Oligarchie der Parteibonzen“ ungerechtfertigt? Wenn diese Frage verneint werden muß, ist dann „Einsicht in die Notwendigkeit“, die an die Stelle einer ehrlich gemeinten persönlichen Freiheit treten soll, ein tragfähiges Fundament für den Aufbau eines nachhaltigen Volkswohlstandes? Allerdings wird durch derartige Hinweise das Wort Adlai Steven-

son nicht widerlegt: „Für viele in der freien Welt bedeutet Freiheit die Freiheit von politischer Verantwortung.“

2.

In einem Aufsatz über die gegenwärtige Konjunkturlage, den ich ungefähr gleichzeitig für die „Aussprache“, das Organ der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, fertiggestellt habe, gab ich einem Abschnitt die Überschrift: „Statistische Illusionen“. Es ist erstaunlich, wie leichtfertig globale Ziffern über Sozialprodukt, Volkseinkommen, Index der Lebenshaltungskosten, Arbeitsproduktivität, Gesamtproduktivität, benutzt werden, um den nachhaltigen volkswirtschaftlichen Fortschritt ins rechte Licht zu rücken. Man sollte doch stutzig werden, wenn man feststellen muß, daß das Sozialprodukt während des Krieges hauptsächlich infolge steigender Ausgaben für Vernichtungen und für Vernichtungsinstrumente statistisch eine Rekordhöhe erzielte. Wenn nach Schätzungen im Jahre 1957 das Volkseinkommen in den USA rund 452 Milliarden Dollar gegenüber rund 179 Milliarden Dollar in der UdSSR betrug, so kann damit wenig bewiesen werden, solange man nicht weiß, was hüben und drüben volkswirtschaftlich zur Stärkung der Leistungskraft getan wurde, oder ob sogar die gestiegenen Einkommen im Dienste der Vernichtung wirtschaftlicher Werte, der Fehlinvestition, der Verschwendungen, des Raubbaues usw. erzielt wurden. Es ist für Ermittlung der zukünftigen Leistungskraft nicht einerlei, ob Milliarden, die für Rüstungsinstrumente, die schon nach ihrer Herstellung verschrottet werden müssen, weil sie veraltet sind, dadurch aufgebracht werden, daß „gespart“ wird an Ausgaben für Verkehrseinrichtungen, für die immer wichtiger werdende Wasserwirtschaft, für Forschung und Unterricht, für das Gesundheitswesen usw.

Man wird insbesondere aber, falls im Rahmen der Volkswirtschaft mit gegebenen Mitteln auf lange Sicht möglichst viel erreicht werden soll, eine Wahrheit im Auge behalten müssen, auf die schon Proudhon ein Hauptgewicht legte, „Der Reichtum eines Volkes hängt von der Proportionalität der Produktionselemente ab“. Kronrod zitiert folgende Stelle aus meinem Buch: „Im sozialistisch-kommunistischen System ist die bestmögliche Kombination der Produktionselemente innerhalb der Gesamtwirtschaft unmöglich, weil dazu ein spontan sich bildender Preis für jede Ware und für jedes Produktionselement, besonders aber für das den volkswirtschaftlichen Fortschritt ermöglichte Produktionskapital unentbehrlich ist. Eine derartige Preisbildung ist jedoch nur auf Grund des Privateigentums an den Produktionsgütern unter freiem Leistungswettbewerb möglich.“

Mein Kritiker hat dazu folgendes zu sagen,
sozialökonomisch: „Jede Entwicklungsstufe der Produktionskräfte und Produktionsverhältnisse des Sozialismus bringt auch ein bestimmtes System des Bedarfs der Gesellschaft hervor, das dieser Entwicklungsstufe entspricht“;

technisch-ökonomisch: „Im Prozeß der volkswirtschaftlichen Planung ermittelt die sozialistische Gesellschaft mit Hilfe der Bilanzmethode das Optimum der Auswertung der volkswirtschaftlichen Hilfsquellen, welche es erlaubt, mit dem geringsten volkswirtschaftlichen Aufwand das größte Sozialprodukt zu schaffen... Das ganze System des sozialökonomischen Verhältnisses, auch das Ware-Geld-Verhältnis eingeschlossen, wird planmäßig zur Lösung dieser Aufgaben ausgenutzt.“

Dazu ist antikritisch folgendes zu sagen. Zunächst möchte ich noch einmal daran erinnern, daß ich nicht irgendeines der vielen kapitalistischen Systeme, die gar nicht so selten Planwirtschaft ohne Plan sind, zu verteidigen habe, sondern lediglich die marktwirtschaftliche Orientierung auf Grund des freien Leistungswettbewerbs und der privaten Entschlußkraft. Ist marktwirtschaftliche Orientierung in diesem Sinne gegeben, so ist auf längere Sicht Übereinstimmung zwischen den Preisen und den Grenzkosten der verschiedenen Produkte unumgänglich, denn auch volkswirtschaftlich kann nicht dauernd unter den Kosten verkauft werden. Diese Tendenz zwingt schließlich die Unternehmer — nicht jeden einzelnen Unternehmer, der Rechenfehler machen kann —, nicht heute und morgen, aber auf die Dauer unumgänglich, sich nach der Decke zu strecken und so zwangswise das volkswirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen. Das wirtschaftliche Leben in seiner Gesamtheit stellt ein fortwährendes, unter unablässiger sich ändernden Bedingungen sich änderndes Ringen von zweierlei Kräften dar, der Nachfrage und des Angebots. Zwischen ihnen im Sinne des Sparprinzips einen Ausgleich herbeizuführen, ist das zentrale Prinzip für jedes auf der Arbeitsteilung ruhende System, also auch für die Sowjetwirtschaft. Stackelberg führt in seinen Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre (zweite Auflage, S. 347) aus: „Der einzelne Unternehmer weiß in der Regel weder, was ein Grenzertrag ist, noch wie er ihn ermitteln soll. Die moderne Betriebswirtschaftslehre empfiehlt zwar die Grenzkosten als Kalkulationsgröße der Betriebe. Praktisch dürfte jedoch eine solche Kalkulation nur selten durchgeführt worden sein... Dennoch gelingt es den Unternehmern tatsächlich, das Gleichgewicht der Grenzerträge zu verwirklichen... Das Streben der Unternehmer ist auf die Durchsetzung ihres individuellen Gewinnmaximums gerichtet. Ihre Maßnahmen sind sämtlich auf dieses Ziel abgestellt und, indem sie so handeln, zwingen

sie auch ihre Konkurrenten, immer intensiver nach dem gleichen Ziel zu streben... Dadurch aber wird das Gewinnniveau selbst einem ständigen Druck, das Gewinnstreben der Unternehmer einem ständig wirkenden Ansporn, die Zusammensetzung der Unternehmerschaft einer ständigen Auslese unterworfen... Die Kombination des Erwerbsprinzips mit der Marktform der vollständigen Konkurrenz löst so praktisch eine Aufgabe der Ertragskalkulation, die rational unlösbar erscheint. Dieses System bringt sozusagen die Männer an die richtigen Stellen, die das Problem praktisch lösen, wiewohl sie es theoretisch vielleicht nicht einmal kennen.“

Will die Sowjetwirtschaft auf diese Selbstregelung im Sinne der marktwirtschaftlichen Orientierung verzichten, so muß sie irgend einen Ersatz bieten, der über die einzelwirtschaftliche Kalkulation und deren Summierung hinausgeht, wobei wohl beachtet werden muß, daß die Volkswirtschaft nicht ein Nebeneinander von Einzelwirtschaften ist, sondern das sich unaufhörlich erneuernde Ineinandergreifen dieser Einzelwirtschaften. Die Sowjetwirtschaft muß ihre ganze Hoffnung auf die Statistik setzen; Lenin formulierte kurz und bündig: „Sozialismus ist Elektrifizierung plus Statistik“. Die volkswirtschaftlich relevante Statistik aber setzte eine Rechnung voraus, die über die einzelnen Betriebe hinausreicht. Theoretisch könnte dabei die moderne Ökonometrie Hilfe bringen, aber so wohl durchdacht sie auch betriebswirtschaftlich sein mag, volkswirtschaftlich blieben ihr praktisch brauchbare Ergebnisse versagt. Für die USA gab Wassily Leontieff jüngst zu (Sowjet Economic Science, Foreign Affairs 1960, S. 61 ff.), daß die gerade von ihm mit besonderem Erfolg verfochtene Theorie des Input-Output praktisch bis jetzt erfolglos geblieben ist, und für Sowjetrußland stellt derselbe Autor fest, daß die Sowjetrussen zwar den Anspruch erheben, auf diesem Gebiet theoretisch bahnbrechend gewesen zu sein, daß sie auch für Anwendung der Mathematik im Dienste der Bilanzmethoden an den Universitäten in Moskau und Leningrad zwei Lehrstühle errichtet hätten, aber die seien bis jetzt nicht besetzt worden. Daraus muß man wohl den Schluß ziehen, daß die Theorie auch in Rußland keine entscheidenden Fortschritte hinsichtlich der *volkswirtschaftlich brauchbaren Bilanzmethoden* gemacht hat.

Auf kurze Sicht hat freilich die auf einzelwirtschaftlichen Ergebnissen beruhende Bilanzmethode der Planwirtschaft den Vorteil, daß theoretisch-organisatorisch rasch neue Schwerpunkte gebildet werden können, um veränderten Zielen und veränderten Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Aber auch diese Vorteile sind illusorisch, wenn entsprechend dem neuen Wegweiser für die Sowjetwirtschaft „in erster Linie von den ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürf-

nissen des Volkes ausgegangen werden muß“ (Chruschtschow). Dadurch entstehen oft in kurzer Zeit Änderungen in dem Bedarf, die die Planer nicht voraussehen konnten. Ein Beispiel dafür ist der überraschend starke Anstieg des Papierverbrauchs in der Sowjetunion. Im Mai 1960 stellte die Iswestija fest, daß in letzter Zeit viele sowjetische Zeitungen in größte Papiernot geraten seien, weil eine Reihe von Betrieben ihre Pläne nicht erfüllen konnten, und die Produktionskapazitäten nicht ausreichten, um dem rasch steigenden Bedarf entsprechen zu können. Im Vergleich mit dem Zeitraum von 1952 bis 1958 soll die Papierindustrie sechsmal mehr Investitionsmittel erhalten; bei der Aufstellung der Kontrollziffern, die bei dem XXI. Parteitag vorgelegt wurden, glaubte man sich mit einer Verdreifachung begnügen zu können.

Aber auch ohne unerwartet starke Bedarfssteigerungen ergeben sich immer wieder in der Gegenwart ebenso wie in vergangenen Epochen der Sowjetwirtschaft schwer zu überwindende Anpassungsschwierigkeiten.

Dafür aus der jüngsten Zeit einige Beispiele:

Vor dem Plenum des Zentralkomitees der kommunistischen Partei klagte Chruschtschow Ende Juni 1959 über „Nachlässigkeit, Verantwortungslosigkeit, die Aufsplitterung der Investitionsmittel, die schlechte Ausnutzung moderner Investitionsmittel und gegen Bürokratismus . . ., eine engstirnige Lokalpolitik betreibe eine eigenmächtige Verwendung der Investitionsmittel und des Materials für örtliche Bedürfnisse, wobei sich eine Verschwendungen der zur Verfügung stehenden Mittel ergebe. Geholfen könne nur werden, wenn die Partei noch stärker in die Kontrolle der Betriebe durch besondere Kommissionen eingeschaltet werde. Er glaube also, Bürokratismus könne durch noch mehr Bürokratismus bekämpft werden.“

Ende Oktober 1959 klagte Kosygin, der damalige Chef des Gos-Plans, über die Verzettelung der finanziellen Mittel, über die schlechte Versorgung mit Rohstoffen, Materialien und Ausrüstungen und über Verschwendungen. Schuld an den Schwierigkeiten schrieb Kosygin der zu großen Zahl der Wirtschaftsinstanzen zu, was die Verantwortung für die Erfüllung der Lieferpläne stark beeinträchtigte und die Staatsdisziplin schwäche. In der Aussprache wurde aber andererseits dem Gos-Plan vorgeworfen, die üblichen Methoden der Zentrale führten zu Fehlern in der Planung, schlechter Koordinierung, Aufstellung von unrealistischen Produktionsplänen und zu nichteinhaltbaren Fristen bei der Inbetriebnahme neuer Werke.

Die Prawda erzählte im August 1959, daß die Handelsorganisationen ungefähr vor einem Jahr durch ein Gerücht in Panik versetzt wurden, weil es zu viele Bügeleisen gäbe, die sich in den Läden anhäuften. In Wirklichkeit standen, wie die Zeitung feststellte, in drei oder vier Geschäften ein paar Bügeleisen herum. Das gab Anlaß zu Alarm. Die Planungsbehörden reagierten sofort mit einer Senkung der Bügeleisenproduktion um 70 %. Die Folge war natürlich ein empfindlicher Mangel an Bügeleisen.

In neuester Zeit wird besonders darüber geklagt, daß für die Landwirtschaft Zehntausende von landwirtschaftlichen Maschinen und Traktoren nicht rechtzeitig zum Einsatz gekommen seien, anderswo fehlten die erforderlichen Ersatzteile. Auf den Bahnstationen lagere zahlreiches Material und verkomme dort. Namentlich

in den neuen der Landwirtschaft erschlossenen Gebieten, z. B. in Kasachstan, ständen Güterwagen mit landwirtschaftlichen Maschinen und Ersatzteilen unabgeladen herum. Nach Angaben des statistischen Zentralamtes würden in den wichtigsten Anbaugebieten die Reparaturarbeiten nur zu 60 % erfüllt; jede zweite Mähdreschine mit kleineren Schäden stände zwecklos umher.

Seit langem wird geklagt über die mangelhafte Organisierung der öffentlichen Speisewirtschaft. Am 28. Februar 1959 berichtete die *Prawda*: „Zur Zeit bilden selbst kleine Kantinen, Restaurants, Cafés gesonderte Unternehmen, in denen jeder Betrieb gezwungen ist, einen großen Stab an Köchen, Buchhaltern, Hilfs- und Lagerarbeitern zu unterhalten. Lager und Büros werden unrationell ausgenutzt, und außerdem wird eine große Menge von technologischem Gerät und Inventar unzweckmäßig verwandt.“

Altbekannt ist die Klage, daß auf Grund der Normvorschriften der Arbeitsablauf um so mehr beschleunigt wird, je näher die Abrechnung des Monatssolls heranrückt, so daß etwa 5 % in der ersten Dekade erfüllt werden, 23 % in der zweiten Dekade und 72 % in der letzten Dekade. Daß dadurch sowohl die Koordinierung der Produktionsfaktoren beeinträchtigt wird wie die Qualität der Arbeit erheblich leidet, liegt auf der Hand.

Manche Anpassungsschwierigkeiten müssen sich notwendigerweise erheblich steigern, wenn bei grundsätzlich freiem Konsum die Lebensansprüche, wie es jetzt angestrebt wird, aufwärtssteigende Tendenz haben. Gewiß steht es in der Sowjetwirtschaft in dem Belieben der Machthaber, die Endpreise so hoch festzusetzen, daß dadurch die Nachfrage gedrosselt wird. Derartige Preissteigerungen werden aber um so mehr den Unwillen der Konsumenten wachrufen, weil sie bereits durch die Umsatzsteuer, die in Wirklichkeit unseren indirekten Steuern entspricht, mehr als in den kapitalistischen Ländern belastet werden.

3.

Mein Kritiker macht mir zum Vorwurf, daß ich die großartigen Fortschritte, die die Sowjetunion gemacht habe, nicht genügend anerkenne. Das stimmt nicht. Seite 134 meines Buches heißt es: „Das, was in der Sowjetwirtschaft auf dem Gebiete der Technik geleistet worden ist, muß rein äußerlich gesehen bewundernswert genannt werden.“ Ich zitiere dann die statistische Zentralverwaltung, wonach im Jahre 1960 die Industrieproduktion gegenüber 1913, auf das derzeitige Territorium bezogen, auf das 40,5fache angestiegen sei. Seite 28 schreibe ich: „Man wird zugeben müssen, daß in keinem anderen Land in den letztvergangenen Jahrzehnten so viel geschehen ist zur Förderung der menschlichen Wirksamkeiten aller Art wie in Sowjetrußland.“ Ich bin bereit, auch denen zuzustimmen, die meinen, daß die unverbrauchte gesunde Kraft des russischen Volkes leistungsfähiger ist als die nordamerikanische Bevölkerung. Es wird schwer sein, Ken-

nan zu widerlegen, der im Oktober 1959 in einem Vortrag meinte: „Wenn Sie mich als Historiker fragen, ob ein solches Land wie das unsere auf lange Sicht Aussichten hat, mit dem sowjetischen Volke zu wetteifern, ein Land, das einen übermächtigen Akzent auf den Komfort und das Vergnügen legt, in seinem Bildungssystem Qualität durch Quantität ersetzt und nicht genügend soziale Disziplin aufbringt, um seine wichtigsten Industriezweige ohne verhängnisvolle Unterbrechungen funktionieren zu lassen, wenn Sie mich also fragen, ob dieses Land mit der Sowjetunion lang konkurrieren kann, so lautet meine Antwort: nein.“ Aber das alles vermag die sozialökonomischen Bedenken, denen ich Ausdruck gebe, nicht zu beseitigen, insbesondere nicht den Vorwurf aus der Welt zu schaffen, die Sowjetwirtschaft bilde zu wenig volkswirtschaftliches Kapital und verwende es nicht in rationeller Weise.

Im Grunde genommen bin ich in der Hinsicht mit Kronrod einig. Er erklärt: „Selbstverständlich liegt der Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung im Prozeß der Kapitalbildung.“ Er ist auch vor der Versuchung bewahrt, den Kapitalmarkt mit dem Geldmarkt zu verwechseln — ein Fehler, der in der kapitalistischen Wirtschaft so häufig Theoretikern und Praktikern unterläuft — aus dem einfachen Grund, weil es in der Sowjetwirtschaft einen „Geldmarkt“ nicht gibt, was aber insoweit ein Mangel ist, als ein richtig funktionierender Geldmarkt als Vorhof des Kapitalmarkts sehr wichtige Aufgaben, namentlich im Dienste schneller und bestmöglichster Verwendung des volkswirtschaftlichen Kapitals leistet. Wenn freilich Finanzminister W. Gasbusow in einem Aufsatz über den Sowjetrubel, den er in der Iswestija (Juni 1960) veröffentlichte, berichtet, in der Nachkriegszeit (1947—1960) habe sich in der UdSSR die Kaufkraft des Geldes um mehr als 2,3mal erhöht, während sich die Kaufkraft des amerikanischen Dollar auf 76,6 verringert habe, so ist das ein Vergleich, der nicht ernst genommen werden darf.

Der Gefahr einer Verwechslung von Geld und Kapital entgeht auch die Sowjetwirtschaft nicht. Die In-Verkehr-Setzung des Geldes geht in der Marktwirtschaft von der individuell-wirtschaftlichen Einkommensgestaltung aus; in der Sowjetwirtschaft wird sie geregelt durch den volkswirtschaftlichen Plan (abgesehen von gelegentlichen Geldhortungen namentlich in der Landwirtschaft). Das Bilanzsystem, auf dem dieser Plan fußt, bestimmt die Kaufkraft des Geldes. Die Höhe dessen, was für die Kapitalbildung zur Verfügung steht, hängt lediglich von dem Rechnungssystem ab, also von einer geldwirtschaftlichen Operation, während in der Marktwirtschaft güterwirtschaftliche Tatsachen entscheidend sind: das individuelle Sparen und der jeweilige Verzicht auf Lebensgüter. Man kann es auch so ausdrücken:

in der marktwirtschaftlich orientierten freien Wirtschaft ist das Geld nur vorübergehend Repräsentant des volkswirtschaftlichen Kapitals. In der Sowjetwirtschaft ist das volkswirtschaftliche Kapital identisch mit dem rechnungsmäßig erübrigten Geld.

Auch in der freien Wirtschaft kann die volkswirtschaftliche Kapitalbildung durch Geldschöpfung verwässert werden. Aber dann setzt früher oder später ein Selbstheilungsprozeß ein, der unter großen Schmerzen für die beteiligten Individualwirtschaften zwangsläufig den Ausgleich am Kapitalmarkt bewirkt. In der sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft fehlt eine derartige unsichtbare, aber stets wirksame Tendenz zum Ausgleich. Dieser kann nur durch staatlichen Machtanspruch dadurch herbeigeführt werden, daß zwangsläufig die Ausgaben, insbesondere die Ausgaben der Konsumenten eingeschränkt werden. Über das Maß dieser Einschränkung im Interesse der Bildung von volkswirtschaftlichem Kapital bietet das Bilanzschema keine Anhaltspunkte; denn 1. für die Produktivgüter bildet sich kein dem Grade der Knappheit entsprechender Preis, weil sie nicht im Tauschverkehr abgesetzt werden, und 2. der Grad der Knappheit des volkswirtschaftlichen Kapitals kann statistisch nicht ermittelt werden. Letzteres gilt auch für die Marktwirtschaft, aber sie hat in der Preisbildung am freien Kapitalmarkt ein Mittel, um die relative Knappheit des volkswirtschaftlichen Kapitals zu erfassen. Doktort man in der Marktwirtschaft an dieser Preis- d. h. Zinsbildung durch dirigistische Manipulationen herum, so ergeben sich schwerste Störungen, die zugleich aber auch Wegweiser für die erforderliche Korrektur sind.

Dafür bietet die Wirtschaftsgeschichte der kapitalistischen Länder in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg höchst bemerkenswerte Beispiele, aber das Gleichgewicht kann durch Rückkehr zu den Spielregeln der Marktwirtschaft, wie die Erfahrung gezeigt hat, verhältnismäßig rasch wieder hergestellt werden, indem man dem Zins seine so außerordentlich wichtige Funktion für Ordnung und Fortschritt zurückgibt.

Zwar wird auch in der Sowjetwirtschaft ein Zins in Anrechnung gebracht. Er dient aber lediglich dazu, die einzelwirtschaftliche Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel zu kontrollieren und zu stimulieren, aber „er kann das Ausmaß und die Richtung der Investitionen nicht bestimmen“, so drückt sich Tschernomodik in seiner Schrift „Der Nutzeffekt der Kapitalinvestitionen und die Theorie der Reproduktion“ (in deutscher Übersetzung Berlin 1949) aus, andererseits gibt er aber zu, daß sich „der Nutzeffekt der Kapitalinvestitionen in bestimmten kostenmäßigen Kennziffern niederschlagen muß.“ Dieser Nutzeffekt besteht aber darin, daß Zeit zur Verfügung

steht, um Produktionswege einzuschlagen. Die Wichtigkeit dieses Nutzeffektes wurde schon 1934 von Stalin erkannt, als er in einer Ansprache an die Metallarbeiter meinte: „Das Wertvollste, das für die Lösung der Aufgabe einer schnellen Industrialisierung gewonnen werden müsse, ist — Zeit.“ In meinem hier in Betracht kommenden Buche habe ich auf Äußerungen von Chruschtschow und Mikojan hingewiesen, die im Grunde genommen dasselbe besagen. Tschernomordik meint in seiner erwähnten Schrift: „Ein Zeitgewinn erfordert Beschleunigung der Reproduktion, damit ein Minimum an gesellschaftlichen Mitteln und gesellschaftlicher Arbeit in unvollendeten Produktionen steckt, die noch keinen Nutzeffekt haben, d. h. nicht produzieren“ . . . „Das Ausmaß des Aufbaus und, was die Hauptsache ist, die Richtung der Methode seiner Durchführung muß in erster Linie durch den Zeitgewinn bestimmt werden.“ Und in anderem Zusammenhang meint derselbe Autor: „Bei der Frage der Rentabilität spielt der Zeitfaktor eine wichtige, oft sogar eine entscheidende Rolle. Leider wird in unserer Wirtschaftsliteratur dieser Zeitfaktor größtenteils nicht berücksichtigt.“ Das könnte aber nur dadurch geschehen, daß die Sowjetwirtschaft einen Ersatz bieten könnte für die Zinsfunktion am Kapitalmarkt. Das ist nicht der Fall. Schon in meinem Akademievortrag „Dogma und Wirklichkeitssinn in der Sowjetwirtschaft“ (März 1950) meinte ich: „Da es in der Sowjetwirtschaft nicht gelungen ist, die Zinsfunktion der kapitalistischen Wirtschaft durch irgend etwas anderes gleich Gutes oder Besseres zu ersetzen, so ist damit schon gesagt, daß sie die Wichtigkeit einer volkswirtschaftlich zweckmäßigen Kombination der Produktionselemente zwar erkennt, aber ihr nicht Rechnung zu tragen fähig ist.“

Derartige Überlegungen sind für die heutige Sowjetwirtschaft um so wichtiger, als der Kapitalbedarf enorm gestiegen ist, und zwar sowohl in der Konsumtions- wie auch in der Produktionssphäre. Schon 1956 schrieb Chruschtschow in der Prawda: „Die Produktion vieler wichtiger Lebensmittel und Industriewaren bleibt bei uns immer noch hinter der wachsenden Nachfrage zurück . . . Die Aufgabe besteht darin, gestützt auf die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie, einen rapiden Aufschwung der Landwirtschaft herbeizuführen und die Leicht- und Lebensmittelindustrie schneller voranzutreiben.“ Der Lebensstandard des russischen Volkes war damals sehr niedrig. Das soll nun viel besser werden. Aber die Konsumenten verlangen auch Herabsetzung der Preise. Dazu nahm Chruschtschow im Oktober 1959 Stellung mit den beschwichtigenden Worten: „Es wäre möglich, aber unvernünftig, die Warenpreise herabzusetzen. Denn woher sollten wir sonst die Mittel zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft nehmen?“

Bei all dem muß in Rechnung gesetzt werden, daß der Nachholbedarf in der Sowjetunion unverhältnismäßig größer ist als in den westlichen Kulturländern, insbesondere aber in den USA. Die gleiche Pro-Kopf-Erzeugung ist daher keineswegs gleich dem Lebensstandard pro Kopf. Mit steigender Befriedigung des Konsumgüterbedarfs werden die Konsumenten wälderischer; die Ansprüche an die Ernährung steigen, innerhalb der nächsten sechs Jahre soll die Fleischproduktion beispielsweise um 140 % gesteigert werden. Das setzt aber nicht nur Vergrößerung der Viehbestände, sondern auch erhebliche Steigerung der Getreideernte voraus. Erstaunlich rasch vermehrt sich die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern: 1959 stieg der Absatz an Kühlschränken um 23 %, an Waschmaschinen um 35 % und an Staubsaugern um 55 %. Unvorstellbar groß ist der Wohnraumbedarf, und zwar sowohl in den Städten wie auf dem Lande; die Zahl der Großstädte ist in drei Jahren um 14 auf insgesamt 148 gestiegen (1956 in Deutschland 61 Großstädte). Die Wohnungsnot bekommt dadurch ihr besonderes Gewicht, daß für die in den letzten Jahren entlassenen 250 000 Offiziere — davon entfallen 70 000 auf den Wehrbezirk Moskau — Wohnungen beschafft werden müssen.

Das alles muß berücksichtigt werden, wenn man sich eine Vorstellung machen will von der relativen Knappheit des für die Produktion zur Verfügung stehenden volkswirtschaftlichen Kapitals. Technisch kommt dabei der Sowjetwirtschaft zugute, daß der große Mangel an verkokbarer Kohle durch die Umstellung von Kohle auf Öl und Gas wenigstens für die nächst absehbare Zeit einigermaßen überwunden zu sein scheint. Auf dem XX. Parteitag klagte Bulganin: „Im fünften Planjahr fünf blieb die Kohleförderung hinter dem Bedarf der Volkswirtschaft zurück. Das schuf Schwierigkeiten in der Brennstoffversorgung der Betriebe und des Verkehrswesens. Die Diskrepanz zwischen dem Kohlebedarf und der Kohleförderung machte sich vor allem im europäischen Teil der UdSSR bemerkbar.“ Noch deutlicher wurde im September 1959 die Zeitschrift *Woprosi Ekonomiki*. Sie stellte folgendes fest: „Das systematisch geförderte Übergewicht der hocharbeitsintensiven und teuren Steinkohle in der Brennstoffbilanz der Sowjetunion ist der Hauptgrund für die außerordentliche Höhe der Selbstkosten. Dadurch werden nicht nur die Herstellungskosten der Industrieprodukte, sondern auch der Eisenbahntransport verteucht. Die Kosten der Eisenbahntransporte verteuen die Produktionsmittel und Fertigprodukte der Industrie.“ Damit vergleiche man die außerordentlich optimistischen Berichte während der Stalinzeit über den großen Kohlereichtum der Sowjetunion.

Nun haben Erdgas und Öl den Mangel an Kohle derzeit kompensiert und überkompenziert: Der Anteil des Öls und des Gases am Gesamt-

umfang der Brennstoffproduktion soll von 31 % im Jahre 1958 auf 51 % im Jahre 1965 steigen, der Anteil der Kohle von 59 % auf 43 % zurückgehen. Das bedeutet für den Bergbau das Zugeständnis von Fehlinvestitionen großen Umfanges und für die Öl- und Gasgewinnung enormen Kapitalbedarf für recht kostspielige Investitionen. Dabei ist es wenig wahrscheinlich, daß diese Kapitalanlagen auf lange Sicht weniger Risiko in sich bergen als in der Vergangenheit die Investitionen im Kohlenbergbau. Ich habe in meinem Buche Zahlen dafür angeführt, wie überaus schwankend in der Vergangenheit die Erdölgewinnung in Sowjetrußland war. Haben wir Grund anzunehmen, daß dies in Zukunft anders sein wird? Schon meldet Bukarest, daß die Gesamtproduktion der rumänischen Erdölförderung, die im Plan für das Jahr 1965 mit 13,5 Millionen Tonnen vorgesehen war, auf 12,5 Millionen Tonnen reduziert werden muß.

Rußland baut aber nicht nur das rapide Steigen seiner heimischen Produktion weitgehend auf der Erdölbasis auf, es macht neuerdings auch Erdöl zu einem seiner wichtigsten Exportgüter. Der Export von Rohöl und Erdölprodukten hat sich seit 1953 versechsfacht. Der Export konnte zum Teil nur zu Preisen erfolgen, die — zum Teil wohl auch aus politischen Gründen — um 15 bis 20 % unter dem Weltmarktniveau lagen, was wahrscheinlich macht, daß die Lieferungen unter den volkswirtschaftlichen Kosten, also zum Nachteil der Kapitalbildung erfolgten.

Wie bei der Energiebilanz werden auch bei der rasch voranschreitenden Technisierung die volkswirtschaftlichen Kosten, namentlich die Kosten des Kapitaleinsatzes vernachlässigt. Zwar haben führende Persönlichkeiten der Sowjetwirtschaft, wie ich schon in meinem Buch feststellen konnte, eingesehen, daß die großen Hoffnungen, die auf die Atomwirtschaft gesetzt wurden, für den und während des Siebenjahresplanes nicht verwirklicht werden können. Um so mehr wird jetzt Gewicht gelegt auf die Automatisierung. 1959 schrieb der „Kommunist“ (Nr. 10): „Man kann sich von der Produktion der Automatisierung einen maximalen Effekt nur bei ihrer komplexen Verwirklichung und rationellen Anwendung im gesamten Produktionszyklus — vom Eingang des Rohstoffes bis zum Ausstoß der Fertigprodukte erhoffen. Eine solche Einführung der Automation ist nur bei einer Produktionsgesamtplanung im Maßstab der ganzen Volkswirtschaft möglich, unter den Bedingungen des Kapitalismus jedoch ganz ausgeschlossen. Die Automatisierung ist nur bei einer Produktionsweise in großen Serien für einen aufnahmefähigen und beständigen Markt rentabel . . .“ Ich fürchte, hier liegt eine arge Verwirrung vor, hervorgerufen durch statistische Illusionen, wobei die statistische „Wachstumsrate“ eine ihr nicht zukommende Rolle spielt. Aber mag dem

sein, wie es will, der Markt ist um so aufnahmefähiger und um so beständiger, je größer er ist. Die Enge des „Ostblocks“ reicht in keiner Weise aus, um die weltwirtschaftliche Weite zu ersetzen. Daher werden Kapitalfehlleitungen um so wahrscheinlicher werden, je enger der Raum ist, auf dem die Vollautomatisierung durchgeführt werden soll. Für die beschleunigte Automatisierung wurde ein Staatskredit von 100 Milliarden Rubel bewilligt; im Gosplan sollen in den nächsten sechs Jahren 27 Betriebe ihre Produktion vollständig automatisieren, bis dahin werden allein Moskau über 1000 voll- und halbautomatische Fertigungsstraßen, über 500 mechanisierte Fließbänder und rund 14 000 Automaten, Halbautomaten und andere hochproduktive moderne Apparaturen in Betrieb genommen.

Diese Andeutungen mögen genügen, um den riesenhaften Bedarf der Sowjetwirtschaft an volkswirtschaftlichem Kapital auch für die modernisierte Industrie zu illustrieren. Dazu kommen eine mit der Reduzierung der Soldatenzahl verbundene erhebliche Vermehrung des Aufwandes für die technische Rüstung sowie die hohen Kosten, die für die Befriedigung der wissenschaftlichen Neugier durch die Weltraumforschung aufgewendet werden müssen. So steht man vor einem volkswirtschaftlichen Aufwand an v o r getaner Arbeit, dessen Kühnheit Bewunderung verdient? Oder ist nicht diese Kühnheit ein volkswirtschaftlicher Leichtsinn?

Kronrod möchte derartige Bedenken zerstreuen durch Hinweis auf die Entwicklungsgeschichte der Wirtschaft der UdSSR: „Zur Zeit der Vorkriegsfünfjahrespläne während des Krieges und auch während der Zeit des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit hielt die Gesellschaft planmäßig die Befriedigung des Interesses am Bedarf wesentlich zurück; ebenso drängte sie auch eine Reihe von Industriezweigen zurück zugunsten der Förderung der Schwerindustrie und der Frontversorgung.“ Aber nun soll und will man alles auf einmal: Strukturänderung in der Landwirtschaft, Strukturänderungen in der Energieversorgung, einen Riesenanstieg zur Automatisierung der Industrie, kostspielige Weltraumforschung, rasch sich entwickelnde Technik für die Rüstung und — rasche Verbesserung des Lebensstandards. Das alles ist nur möglich durch eine Kapitalbildung, die das bisherige Ausmaß weit übersteigt. Daß diese Tatsachen durch die vorgebrachten statistischen Ziffern verdunkelt, aber nicht beseitigt werden können, geht aus den früheren Darlegungen hervor.

Man setzt sich — nicht nur in der Sowjetwirtschaft — über die volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten, die eine rasche Vermehrung der fixen Kosten durch Technisierung bewirken, durch die Redensart hinweg: Technisierung ist Rationalisierung. Das wird sie aber im volkswirtschaftlichen Sinne nur dann sein, wenn die Proportionalität

in der Verwendung der vor der Produktion zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren gewahrt bleibt. Auch ist dies nur nach Überwindung einer mehr oder minder langen Zwischenzeit möglich; denn 1. der Gegenwert der Investition wird erst geraume Zeit nach der Investition durch die an den Markt kommenden produzierten Güter sukzessiv erzielt; 2. die Absatzgeschwindigkeit der neuproduzierten Waren ist langsamer als die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, das in Form von Löhnen, Materialkosten usw. in die Volkswirtschaft strömt. Daß dadurch auch in den kapitalistischen Ländern ernste Anpassungsschwierigkeiten entstehen können, erleben wir zur Zeit in der Bundesrepublik. Die Gefahr ist aber in der Sowjetwirtschaft noch größer, weil die Preise als volkswirtschaftliche Richtungsweiser, die sie auf Grund marktwirtschaftlicher Orientierung erhalten, in der Sowjetwirtschaft ihre Dienste versagen.

Das sind Schwierigkeiten, über die die Sowjetwirtschaft nicht hinwegkommt durch Hinweis auf das marxistische Wertgesetz. Wosnessensky meint in seiner Schrift „Die Kriegswirtschaft in der Zeit des vaterländischen Krieges (deutsche Übersetzung 1948)“: „Der staatliche Plan nützt das Wertgesetz aus, um die gesellschaftliche Arbeit auf die verschiedenen Zweige der Wirtschaft zu verteilen, wie es das Interesse des Sozialismus erfordert.“ Wosnessensky wurde zwar später von Stalin liquidiert, aber der zitierte Satz gibt doch wohl die Meinung des marxistischen Sozialismus-Kommunismus wieder.

Marx wiederholt, indem er seine Verteilungslehre aus der Wertlehre ableitet, zunächst eine Erkenntnis, die schon Adam Smith mit aller Klarheit im 8. Kapitel des ersten Bandes seines Hauptwerkes folgendermaßen aussprach: „Das Produkt der Arbeit ist deren natürliches Entgelt. Im „Naturzustand“ — ohne Bodenokkupation und Kapitalakkumulation — „gehört das Produkt der Arbeit dem Arbeiter.“ . . . „Sobald der Boden aber Privateigentum wird, fordert der Landlord eine Quote aller der Produkte, welche der Arbeiter auf seinem Boden hervorbringen kann, die, des Landlords Rente, bildet den ersten Abzug vom Produkt des Arbeiters. Da nun weiter der Arbeiter selten soviel Lebensmittel hat, um sich bis zur nächsten Ernte zu erhalten; da ihm diese vorgeschossen werden müssen von dem Kapitalisten, . . . so bildet dieses Plus, der Profit, den zweiten Abzug vom Produkt des Arbeiters . . . Das Erzeugnis fast aller anderen Arbeit ist dem gleichen Gewinnabzug unterworfen.“ Auf diese einwandfreie Überlegung bauten Marx seine „Mehrwerttheorie“ und Lassalle sein „ehernes Lohngesetz“ auf. Die marxistischen Planwirtschaftler behaupten nun, „Marx hat in treffendster Weise das Problem der Wertbildung mit der Frage nach der Einkommensquelle der gesellschaftlichen Gruppen verbunden.“ Wenn dem so wäre, dann müßte man als Folge hinnehmen, daß in der sozialistischen Planwirtschaft

arbeitslose Einkommen nicht beseitigt, sondern nur verschoben werden: Der zufällig auf produktiveren Boden und mit produktivem Kapital tätige Arbeiter würde bei gleicher Arbeit ein größeres Produkt für sich in Anspruch nehmen.

Daraus ergibt sich, daß die Planwirtschaft im Grunde genommen weder auf die Grundrente noch auf den Zins als Einkommensquellen verzichten kann, wenn sie es ernst nimmt mit dem Kampf gegen arbeitslose Einkommen. Sie kann aber diese Einkommenskategorien für den Staat einkassieren. Damit ist aber nicht die Frage beantwortet, was für den nachhaltigen volkswirtschaftlichen Erfolg zweckmäßig ist: Grundrente und Zins im freien Leistungswettbewerb oder deren Unterschlupf im Zifferwerk der staatlichen Funktionäre?

Die Marxisten antworten mit dem Hinweis auf die vorhandenen monopolistischen Tendenzen im System des freien Wettbewerbs. Daß derartige Tendenzen vorhanden sind, kann nicht bestritten werden. Aber diese Tendenzen sind am Markt der Bodenprodukte, wenigstens so weit es sich um landwirtschaftliche Erzeugnisse handelt, ohne Nachhelfen der Gesetzgebung kaum vorhanden; am Kapitalmarkt und erst recht an dessen Vorhof am Geldmarkt weht die scharfe Luft der internationalen Konkurrenz. Von den drei Produktionsfaktoren (-elementen) ist eine monopolistische Tendenz am ehesten am Arbeitsmarkt festzustellen: je kostspieliger und kurzlebiger die technische Apparatur ist, um so mehr ist der Arbeitgeber auf den Arbeiter angewiesen, zumal wenn der Arbeiter durch die Macht der Gewerkschaften und die Fürsorge der Gesetzgebung weitgehend vom Marktrisiko befreit wird.

Die Gefahr für die regulierende Wirkung der Grundrente und des Kapitalzinses droht in der grundsätzlich freien Wirtschaft nicht vom „Monopol“, sondern vom „Dirigismus“, der unter Einfluß politischer Macht Sonderinteressen dienstbar gemacht wird.

In der neuesten Sowjetwirtschaft sind unverkennbar Ansätze vorhanden, das Grundrentenprinzip für die sozialökonomische Ordnung nutzbar zu machen. Chruschtschow meinte im Dezember 1958 (nach einem Bericht der Prawda): „Wir müssen die Bezahlung der Arbeit in den Kolchozen so ordnen, daß zu hohe, durch nichts gerechtfertigte Verdienste ausgeschlossen werden, daß aber der materielle Anreiz nicht verloren geht. ... Man wird mehr Gelder in die unteilbaren Fonds abführen. ...“ Nach einem Ersatz für die Selektionsaufgabe des Zinses sieht man sich aber vergebens um. Der fragwürdige Dirigismus auf Grund mehr oder minder subjektiver Erwägungen der maßgebenden Funktionäre beherrscht hinsichtlich der Kapitalbildung und der bestmöglichen Kapitalverwendung das Feld.

Die Zentrale ist sich über die Wichtigkeit der Kapitalbildung und der Vermeidung unzweckmäßiger Kapitalverwendung durchaus im

Klaren. An die Stelle der marktwirtschaftlichen Orientierung, insbesondere der Zinsfunktion treten die Mahnungen in Form strenger Erlasse. Die Prawda berichtete im November 1959, daß Gosplan-Chef Kosygin auf einer Sitzung des Ministerrates der UdSSR über „Maßnahmen zur beschleunigten Inbetriebnahme von Produktionskapazitäten“ und „die Frage der rationellsten Verwendung der zugeteilten Gelder und Materialien für Kapitalinvestitionen im Jahre 1960, Erwägungen angestellt habe“. Wie oft standen derartige Erörterungen auf der Tagesordnung! Die Klagen hielten und halten unvermindert an. Ein Kapitel für sich ist die rechtzeitige Erstellung von Ersatzinvestitionen, die immer wieder zurückgestellt wurden, zugunsten der Neuinvestitionen. Die Vernachlässigung des rechtzeitigen Ersatzes schlägt um so mehr zu Buch, weil man annehmen kann, daß die vorhandenen Kapazitäten rücksichtsloser ausgenutzt werden als in den „kapitalistischen“ Ländern.

Die Meisterung des volkswirtschaftlichen Kostenproblems als Grundlage für Kapitalbildung und Vermeidung von Kapitalverschwendungen wird noch wesentlich dadurch erschwert, daß das Standortproblem in der Sowjetwirtschaft in seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung kaum richtig erkannt ist und daß in Verbindung damit die Transportkosten in ungenügender Weise Berücksichtigung finden. Darauf soll hier aber nicht näher eingegangen werden.

Die Problematik der ungenügenden Kapitalbildung wird praktisch besonders ernst, weil die beiden anderen Produktionsfaktoren Arbeit und Bodenkraft, die einst überreichlich zur Verfügung standen, nun angesichts des steigenden Bedarfs knapp geworden sind. Jahrzehnte hindurch hat der russische Sozialismus Erstaunliches geleistet in der Aufdeckung und Nutzbarmachung neuer Kräfte, die der Boden in sich birgt, zuletzt durch die Fortschritte in der Erdöl- und Gasgewinnung und -verwendung. Aber nun scheint hier eine Grenze erreicht zu sein, die nicht dadurch beseitigt wird, daß lediglich bisheriges Brachland unter den Pflug genommen wird. Das gilt auch für ein Lieblingsprojekt Chruschtschows, die Gewinnung von neuen großen Ackerbauflächen in Sibirien. Trockenheit, Sandstürme, der Getreidewurm sind Mahnungen, daß die extensive Landwirtschaft durch eine hochqualifizierte intensive Bewirtschaftung ersetzt werden muß, „die eine maximale Produktion pro Hektar und pro Arbeitstag erbringt“, so äußerte sich Chruschtschow selbst. Das bedeutet aber Substitution der Naturkraft durch Kapitalkraft.

Immer wieder hat sich bestätigt, daß dann, wenn das volkswirtschaftliche Kapital, also die vorgetane Arbeit, knapp wird, zunächst Aushilfe zu schaffen versucht wird durch vermehrten Einsatz von Gegenwartsarbeit, also Substitutionen durch menschliche Wirksam-

keiten. Wir wissen aus den jüngsten Erfahrungen in der Bundesrepublik, daß dies nur in sehr beschränktem Umfange möglich ist. Die Grenzen des Ersatzes von Kapital durch menschliche Arbeitskraft waren lange Zeit in Sowjetrußland verhältnismäßig weit gesteckt infolge eines Überflusses an Menschen. Davon kann jetzt keine Rede mehr sein: der gewaltige Aderlaß infolge des Weltkrieges ist noch nicht überwunden, der relative Geburtenüberschuß vermindert sich, die Sterbeziffer wird infolge des stark gestiegenen Durchschnittsalters abnehmende Tendenz haben. Nach den amtlichen russischen Angaben war bereits während der Jahre 1951 bis 1955 eine merkliche Abnahme der Zuwachsrate der erwerbstätigen Bevölkerung festzustellen, für die Jahre 1955 bis 1960 ist die Zuwachsrate noch wesentlich geringer. Sehr bemerkenswert ist, daß die für 1955/60 erwartete Steigerung der wirtschaftlichen Expansion zu 85 % durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt wurde gegenüber nur etwa 65 % in dem vorangegangenen Jahr fünf.

Zwei große Reservoir, aus denen die Industrie Jahrzehnte hindurch zusätzliche Arbeitskräfte entnehmen konnte, scheinen der Er schöpfung sehr nahe gekommen zu sein: Landflucht und Frauenarbeit. Die Landflucht wird immer mehr zu einem ernsten Problem für die Sowjetwirtschaft namentlich dann, wenn sich die Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung weiter verbessert. Auch die Frauenarbeit wird durch steigende Realeinkommen negativ beeinflußt, sie ist zur Zeit besonders in Berufen, die sich ihrer Art nach wenig für die Frauen eignen — Bau, Bergbau — unverhältnismäßig größer als in westlichen Kulturländern. Die begrüßenswerte Förderung, die in der Sowjetunion dem Familienleben zuteil wird, muß dem Bestreben, die Frau für das Haus zurückzugewinnen, verstärkten Antrieb geben. Dem widerspricht allerdings, daß für die Kolchos-Arbeit offenbar Bestrebungen vorhanden sind, den Frauen die häusliche Arbeit und die Kindererziehung zu nehmen, damit sie ihre Kraft mehr der Arbeit außerhalb des Hauses widmen können. Das ist zugleich ein Beweis für die Richtigkeit einer Feststellung, die gelegentlich die Iswestija (Nov. 1959) machte: „In den Kolchozen ist die Frau — das kann ohne Übertreibung gesagt werden — die wichtigste Kraft.“ Man kann hinzufügen, auch die billigste Kraft, für die eine kostspielige technische Apparatur manchmal kaum mehr ist als ein fragwürdiges Surrogat.

Ob unter diesen Umständen die von Chruschtschow verlangte und zum Teil auch schon durchgeführte Arbeitszeitverkürzung nicht zu einer zusätzlichen Verknappung der Arbeitsleistungen führt, muß die Zukunft lehren. Der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeits- und Lohnfragen, Volkov, gab in einem Bericht Anfang Mai 1960 zu, daß

es infolge der Arbeitszeitverkürzungen zu mancherlei Schwierigkeiten gekommen sei, indessen Rationalisierung des Arbeitsverfahrens, Mechanisierung und Automatisierung des Arbeitsprozesses würden den erwünschten Ausgleich schaffen. Mit anderen Worten, vermehrte Kapitalbildung ist notwendig, wenn die Arbeitszeitverkürzung volkswirtschaftlich nicht zwecklos sein soll.

Natürlich sind sich die selbständigen denkenden Köpfe in der Sowjetwirtschaft über die zentrale Bedeutung der Kapitalbildung im klaren. Aber das, was vorgeschlagen wird zur Bekämpfung der Kapitalknappheit, läuft in der Hauptsache auf zweierlei hinaus: noch mehr Technisierung und Belastung der Landwirtschaft durch verstärkte Inanspruchnahme der „unteilbaren Fonds“. Im Mai 1959 erklärte Chruschtschow: „Viele fortgeschrittene Kolchosen bemühen sich, soviel Geld wie möglich für die Bezahlung der Normtage zu verwenden. Ich bin nicht für die Ausgabe einer großen Menge Geld und Naturalien für Normtage. ... Wir streben danach, daß die Menschen nicht an persönlichem Reichtum reich sind, der in Truhen und Sparbüchsen versteckt wird. Man muß auf jede Weise dazu anreizen, daß die Kolchosen mehr Geld in die unteilbaren Fonds abführen.“ Die Mittel dieser Fonds werden jedoch durch Bau von Wohnungen auf dem Lande, durch Wegebau, durch Bodenverbesserung und durch kulturelle Einrichtungen in den Dörfern schon so gut wie restlos für das Land und die Landbevölkerung nutzbar gemacht werden müssen, für die Industrie und die Städte kommen die zusätzlichen Leistungen der Landwirtschaft kaum in Betracht.

Da auch langfristige Kredite seitens der kapitalistischen Länder in dem erforderlichen Umfang nicht gewährt werden und auch angesichts des zunehmenden Kapitalmangels in den meisten Ländern der freien Welt nicht gewährt werden können, bleibt nur ein Ausweg übrig: möglichst baldige allgemeine kontrollierte Abrüstung. Das gilt nicht nur für die Sowjetwirtschaft, sondern auch für die westliche Welt, wenn auch vielleicht mit etwas anderer Begründung. Dabei wird in dieser Abhandlung, bei der nur die Rede ist von unmittelbaren wirtschaftlichen Zusammenhängen, ganz abgesehen von der politischen Entspannung, die von der kontrollierten allgemeinen Abrüstung mit Recht erwartet wird und die indirekt auch ihre große sozial-ökonomisch Bedeutung hat. Für die freie Welt ist die Vorbereitung der Verteidigung unter politischem Gesichtspunkt die notwendigste Ausgabe, die sich denken lässt, deshalb bleibt sie aber volkswirtschaftlich unproduktiv. Gelingt in nächster absehbarer Zeit die kontrollierte Abrüstung nicht, werden diese unproduktiven Ausgaben weiter absolut und unheimlich steigen; darunter leidet der wirtschaftliche Fortschritt der ganzen Welt mit Einschluß des Sowjetblocks.

4.

Mit Kronrod bin ich darin einig, daß Eingliederung der Sowjetwirtschaft in eine freie, d. h. unter Ausschaltung monopolistischer Macht vor sich gehende internationale Arbeitsteilung sowohl für Rußland wie für die übrige Welt von großem Vorteil sein würde. Aber er wird mir kaum zustimmen, wenn ich meine, daß sich der Sowjetblock viel leichter als die marktwirtschaftlich orientierten Länder beim weltwirtschaftlichen Gütertausch eine Monopolstellung sichern kann. Ich komme darauf noch zurück. Ein grundsätzliches Bekenntnis zur internationalen Arbeitsteilung legte auch Mikojan in einem längeren Aufsatz ab, den das Düsseldorfer Handelsblatt im Mai 1960 veröffentlichte. Er meint: „Unserer Überzeugung nach gilt es, Mittel zur Erleichterung und zum Ausbau des internationalen Handels nicht auf dem Wege der Aufspaltung der Welt in einzelne Handelsblöcke zu suchen ... das Prinzip der Koexistenz, das von den sozialistischen und vielen anderen Ländern angenommen wurde, setzt ausgedehnte Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern voraus. Deshalb müssen Bedingungen zur Erleichterung des gegenseitigen vorteilhaften Austausches von Waren und Dienstleistungen zwischen allen Ländern unter Anpassung an die Bedürfnisse der internationalen Arbeitsteilung als objektive Notwendigkeit geschaffen werden ...“ Dann folgt in seinem Aufsatz eine Bemerkung, die mir besonders wichtig und richtig zu sein scheint: „Die internationale Arbeitsteilung ist nicht als etwas Statisches, Erstarrtes anzusehen, sie muß die Dynamik des Wirtschaftslebens widerspiegeln.“ Da ist nun die Frage, ob das sowjetrussische Preissystem elastisch genug ist oder elastisch genug werden kann, um sich der in steter Bewegung befindlichen Arbeitsteilung und dem damit verbundenen Marktgeschehen anzupassen. Mikojan meint selbst in anderem Zusammenhang, „obwohl in der Sowjetunion sehr klar die Vorteile der Arbeitsteilung erkannt werden, folgt ihre Handelspolitik noch immer strikt dem Prinzip des bilateralen Ausgleichs von Warenausfuhr und Wareneinfuhr“. Der Welthandel muß aber seinem Wesen nach multilateral sein, wenn ein weltwirtschaftliches Optimum angestrebt wird. Die Vertreter der Sowjetwirtschaft, die sich notgedrungen mit einem bilateralen Gütertausch begnügen müssen, schwächen dadurch ihre Wirtschaft und die Weltwirtschaft.

Kronrod wirft mir vor, ich betrachte den kapitalistischen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt als eine Art Wohltätigkeitsveranstaltung. Nichts liegt mir ferner, aber ich bin der Ansicht, daß deshalb, weil dieser Konkurrenzkampf rücksichtslos geführt wird und wohl auch geführt werden muß, nur diejenigen den Kampf mit Erfolg durchführen können, die sich so elastisch wie möglich den jeweiligen Marktbedingungen anzupassen vermögen. Das setzt aber eine markt-

wirtschaftliche Orientierung voraus und nicht die Orientierung nach dem planwirtschaftlichen Handelsmonopol der Sowjetwirtschaft.

Den „Leidenschaften“ am freien Weltmarkt stellt Kronrod gegenüber die „Brüderlichkeit“ der internationalen Arbeitsteilung, die die im Comicon vereinigten sozialistischen Länder zu entwickeln bemüht sind. Er schreibt: „Die Länder des Sozialismus entwickeln eine internationale sozialistische Arbeitsteilung, die auf einem zusammenhängenden planmäßigen System der sozialistischen Weltwirtschaft fußt. Im Rahmen dieses Systems wird eine gegenseitige Wirtschaftshilfe verwirklicht und die wirtschaftlichen Hilfsquellen werden zum Zweck der Beschleunigung des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus vereinigt. Dieser Prozeß hat nichts mit dem Verhältnis zu den Leidenschaften des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt zu tun, der für die kapitalistische Arbeitsteilung so charakteristisch ist.“

Es ist selbstverständlich, daß bei dieser angeblichen Brüderlichkeit der große Bruder in Moskau tonangebend ist. Dafür spricht u. a., daß Moskau auf immer stärkere Spezialisierung drängt, und zwar so, daß die Ostblockstaaten in erster Linie den Interessen Sowjetrußlands dienen. Zu dem sind sie so auf den Austausch untereinander auf Grund technischer Notwendigkeit angewiesen, daß schon deshalb von einer freien Ausnutzungsmöglichkeit des Weltmarktes keine Rede sein kann. Dies um so weniger, weil, wie Mikojan hervorhebt, „das Hauptcharakteristikum des Marktes der sozialistischen Länder darin besteht, daß ... die Warenpreise in der Regel bei Unterzeichnung der Warenumsatzabkommen für das ganze Jahr im voraus festgelegt werden. Die Preise sind somit keinen Konjunkturschwankungen im Laufe des Jahres ausgesetzt“. Ich sehe von dem großen Irrtum ab, daß das Barometer das Wetter macht, in diesem Fall, daß die von vornherein festgelegten Preise die Konjunktur machen. Das Umgekehrte ist richtig, je freier und beweglicher die Preisbildung ist, um so leichter können schroffe Konjunkturschwankungen vermieden werden.

Die Preise müssen aber in dem sowjetrussischen Preissystem relativ unbeweglich sein, denn wesentliche Änderungen in dem Zahlenmaterial bringen die Planung und den vielgliederigen bürokratischen Apparat, der ihr dient, in größte Unordnung. Sind freilich die Kosten der Produktionsmittel und die Preise der Produkte auf längere Zeit deutlich merkbar auseinandergefallen, dann ist eine sprunghafte Änderung unausbleiblich. Was Jasny Anfang der fünfziger Jahre feststellte (The Sowjet-pricesystem 1951), gilt im wesentlichen auch noch heute: „Die Preise der Produktionsmittel werden nur in großen zeitlichen Abständen geändert, dann aber in großen Sprüngen.“ Diese Unbeweglichkeit des Preissystems ist aber ein Prokrustes-Bett für den Außenhandel. Eine optimale Ausnutzung der internationalen Arbeitsteilung ist dabei unmöglich.

Jedenfalls handelt es sich hier um eine grundlegende Problematik, in deren Beurteilung sich maßgebende Persönlichkeiten der sowjetischen Planwirtschaft nicht einig sind. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Rates für gegenseitige Hilfe (Comicon) wurde eine offizielle Schrift (in deutscher Sprache, 1960) veröffentlicht, in der führende Persönlichkeiten in den verschiedenen Staaten des Sowjetblocks ihre Meinung über Sinn und Ziele dieses Rates äußerten. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der Volksrepublik Bulgarien Christosoff schreibt: „Die für den kapitalistischen Markt charakteristischen Schwankungen sind auf dem sozialistischen Markt unbekannt. Die Preise werden für einen relativ langen Zeitraum festgesetzt. Ihre Stabilität bewahrt den sozialistischen Weltmarkt vor den elementaren Schwankungen des kapitalistischen.“ Dagegen erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Jaroszewicz: „Es ergibt sich bei Verhandlungen über den Warenaustausch und bei der Abstimmung der verschiedenen Entwicklungsvorhaben für die einzelnen Partner immer wieder die Notwendigkeit, die Wirtschaftspläne zwecks Anpassung an die Rohstoffmöglichkeiten zu korrigieren oder am Sortiment und am Produktionsumfang Änderungen vorzunehmen. Alle sich hierbei ergebenden Möglichkeiten lassen sich nur schwer voraussehen und festlegen . . .“ Ernste Klagen über mangelnde Zusammenarbeit im Ostblock erhob der polnische Kommunistenführer Gomulka Ende 1960 bei einer Konferenz des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Gomulka bedauerte die Tatsache, daß es zwischen den einzelnen kommunistischen Staaten fast gar keine Zusammenarbeit auf dem wichtigen Gebiete der Investierung gebe; die gegenwärtig bestehende wirtschaftliche Zusammenarbeit beschränke sich nur auf den Außenhandel und zum Teil auf die Technik. Es bestehe jedoch kein Zweifel darüber, daß die Koordinierung der Industrieinvestierungen eine der Hauptaufgaben bei der Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten sei. Die sozialistischen Staaten hätten infolge des Mangels an Zusammenarbeit bereits viel verloren (so nach dem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 22. Juli 1960).

Trotz allem darf jedoch nicht verkannt werden, daß die zehnjährigen Bemühungen des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ auf dem Gebiet des Außenhandels offensichtlich nicht unwesentliche Erfolge erzielt haben: die arbeitsteilige Abstimmung der Produktionspläne aller teilnehmenden Staaten ist befördert worden, die Stoßkraft des gemeinsamen Vorgehens sowohl mit den westlichen Ländern wie im Interesse der Entwicklungsländer konnte gestärkt werden. Die im Juni 1957 errichtete Zahlungszentrale hat im Sinne eines multilateralen Clearing Fortschritte gemacht, auch die im April 1959 gegründete gemeinsame Investitionsbank blieb nicht ohne Erfolg.

Die sehr verschiedenen Energiesorgen der einzelnen Staaten konnten durch gemeinsames Vorgehen erheblich gemildert werden. Natürlich geht die Abstimmung aufeinander nicht ohne Reibungsverluste vonstatten, unter denen die kleineren Staaten wesentlich mehr zu leiden hatten als die russische Sowjetwirtschaft.

Vom weltwirtschaftlichen Gesichtspunkte ist es bedauerlich, daß der Außenhandel der Oststaaten immer mehr den Charakter einer Autarkie annimmt, die weder nationalwirtschaftlich noch weltwirtschaftlich erwünscht sein kann. So betrug z. B. der prozentuale Anteil der Ostblockländer an den Außenhandelsumsätzen Polens im Jahre 1937 nur 0,8 %, dagegen im Jahre 1959 60 %. Der Gesamtumsatz des tschechoslowakischen Außenhandels im Rahmen des Ostblocks ist von 39,7 % im Jahre 1948 auf fast 71 % im Jahre 1958 gewachsen. Das aber, was für den Handel mit der freien Welt übrig bleibt, nimmt im steigenden Maße die Sowjetwirtschaft für sich in Anspruch, davon werden besonders die Donauländer betroffen.

Die rasch fortschreitenden Autarkie-Bestrebungen erleichtern es der Sowjetwirtschaft, die Vorteile einer Monopolstellung innerhalb des Sowjetblocks auszunutzen. Die Sowjetwirtschaft ist dadurch ökonomisch in die Lage versetzt, die Konkurrenz außerhalb des russischen Imperiums dadurch zu unterbieten, daß sie sich schadlos hält bei den Preisen, die von den Satellitenländern gefordert werden. Auf der anderen Seite stellt sich die Planwirtschaft auf die Bedürfnisse der Völker des Sowjetblocks ein, wobei notwendigerweise die Mannigfaltigkeit der Nachfrage und deren rascher Wechsel im Rahmen der Weltwirtschaft weitgehend außer acht gelassen werden müssen. So ergeben sich oft anormale Bemühungen, einen Ersatz zu schaffen für den fehlenden Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. So konnten beispielsweise im Handel mit Burma Angebot und Nachfrage nicht in Übereinstimmung gebracht werden, weil der Warenbedarf Burmas durch die Sowjetwirtschaft nicht befriedigt werden konnte, es fehlte an geeigneten Waren in der gewünschten Qualität. Dagegen bot die Bundesrepublik derartige Waren an. Moskau bewilligte der Tschechoslowakei, in der Burma ebenfalls erhebliche Ausstände hatte, einen Kredit, der Burma in die Lage versetzte, auf Umwegen das zu erlangen, was es brauchte.

Es ist nicht zu verwundern, daß der Wert des Sowjetaußenhandels (Einfuhr und Ausfuhr zusammen) mit Westeuropa (Finnland ausgenommen) trotz aller Bemühungen erst den Betrag von 2 Milliarden Dollar erreicht, das sind 20 % weniger als der entsprechende Außenhandel des kleinen Dänemark, und dies, obwohl die Sowjetwirtschaft in der Lage ist, bei einigen wichtigen Exportgütern, z. B. bei Erdöl, Angebote zu machen, die wesentlich günstiger sind als diejenigen

der Länder der freien Welt. Die Folge sind Klagen über Dumping mit entsprechenden Abwehrmaßnahmen.

Nichts ändert sich an der immer wieder gemachten Erfahrung, daß die Staaten um so stärker auf die Verflechtung mit dem Weltmarkt angewiesen sind, je mehr sie sich industriell entwickeln. Davon wird der Ostblock auf lange Sicht keine Ausnahme machen. Er muß notgedrungen in den Konkurrenzkampf am Weltmarkt eintreten, dafür ist aber nichts so schädlich wie eine Abkapselung, für die die Blockbildung der kapitalistischen Länder ein kaum minder bedenkliches Beispiel ist wie die Art der volkswirtschaftlichen Integration im Ostblock.

Eine skeptische Stellung nehme ich in meinem Buche zu der von manchen Westlern vertretenen Ansicht ein, die Sowjetunion verfüge über so erhebliche Goldvorräte und erfreue sich einer so starken regelmäßigen Goldproduktion, daß schon dadurch Schwierigkeiten im internationalen Güterausgleich überwunden werden könnten. Mein Kritiker äußert sich dazu nicht; ich darf annehmen, daß er in der Hinsicht im wesentlichen derselben Ansicht ist wie ich. Ein Beweis dafür, daß das russische Gold für den Ausgleich der Zahlungsbilanz nur eine Nebenrolle spielt, ist die Tatsache, daß bei dem am 5. Mai 1960 bekannt gegebenen Plan zur Schaffung eines „schweren Rubels“ das russische Gold nicht einmal erwähnt wurde. Der Plan selbst, der den Nennwert des Rubels auf den zehnfachen Wert des umlaufenden Rubels erhöhte, hat übrigens im wesentlichen nur optische Bedeutung. Von einer „Konvertibilität“ des Rubels kann nach wie vor keine Rede sein. Es bleibt beim Austausch von Waren gegen Ware; dabei ist auch Gold eine Ware, nichts mehr und nichts weniger.

Die Sowjetwirtschaft sucht ihren weltwirtschaftlichen Einfluß dadurch zu stärken, daß sie den unterentwickelten Ländern Hilfe angedeihen läßt. Es ist zu fürchten, daß dadurch auf die Dauer weltwirtschaftlich mehr geschadet als genutzt wird. Aus folgenden Gründen: 1. Es ist wahrscheinlich, daß die Hilfe in erster Linie nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen erfolgt. Soweit das der Fall ist, wird man dem Sprecher der jungen Republik Ghana zustimmen müssen, wenn er meint, daß dies nur ein Sonderfall der Korruption sei. 2. Die Hilfe erfolgt nicht, um Hilfe zur Selbsthilfe unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse zu leisten, also in der Regel durch unbefangene Schulung jedweder Art und nächst dem durch Hilfeleistung für die Bodenbearbeitung und die Rohstoffgewinnung, sondern entsprechend der kommunistischen Ideologie, aber auch der propagandistischen Optik wegen, um beschleunigt eine Schwerindustrie aufzubauen. Es ist aber verfehlt, für Völker, die

noch mit dem Holzpfug arbeiten, sie gewissermaßen über Nacht mit einem Stahlwerk zu beglücken. 3. Die der Sowjetwirtschaft eigenartige Vernachlässigung der Neubildung von Kapital in Verbindung mit Kapitalverschwendungen erhöht sich durch die Art der vom Sowjetblock veranlaßten Investierungen in vergrößertem Tempo und leistet der Inflation Vorschub.

Das wachsende Interesse der Sowjetwirtschaft an dem Außenhandel zeigt sich auch in dem verstärkten Bemühen, aus internationalen Vereinigungen, die dem Außenhandel dienen, Vorteile zu ziehen. Von jeher hatte der Sowjetblock eine starke Stellung in der 1952 gegründeten Europäischen Wirtschaftskommission (ECE), deren Aufgabe es ist, die wirtschaftlichen Beziehungen der europäischen Staaten untereinander zu beleben und zu stärken und diese mit den weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten in Einklang zu bringen. Aber ECE blieb im wesentlichen ein Diskussionsklub ohne fühlbare praktische Bedeutung. Es ist daher begreiflich, daß führende russische Politiker versuchen, dem 1947 gegründeten General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) näher zu kommen. GATT setzt sich zum Ziel, Zölle und andere Handelsschranken auf der Basis der Gegenseitigkeit herabzusetzen sowie Diskriminierungen auf dem Gebiete des internationalen Handels zu beseitigen. Mikojan kritisiert in dem oben erwähnten Aufsatz die bisherige Tätigkeit des GATT. Es habe die Hoffnungen, die in es gestzt wurden, nicht erfüllt. Beweis sei, daß von den 82 Ländern, die der UNO angehörten, nur 37 vollberechtigte GATT-Mitglieder wären. Der Grund dafür sei, daß dieses Abkommen vorwiegend den Interessen westlicher Länder mit hochentwickelter Industrie dienten. Aber auch diesen Ländern biete offenbar GATT weltwirtschaftlich nicht genug. Mikojan fordert eine Neugestaltung des GATT unter Einschluß von Sowjetrußland. Die Verwirklichung dieses Wunsches wird schwierig sein, selbst dann, wenn Sowjetrußland darauf verzichtet, im Ostblock der Sache nach ein handelspolitisches Präferenzsystem aufzubauen. So wie die Dinge heute liegen, hätte die Sowjetwirtschaft jederzeit die Möglichkeit, durch autoritäre Preisfestsetzung das Meistbegünstigungsprinzip mehr oder minder über den Haufen zu werfen.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz kann eine unbefangene Volkswirtschaftslehre dem Botschafter der Bundesrepublik in der Sowjetunion, Hans Kroll, nur zustimmen, wenn er schreibt: „Die aus dem am 31. Dezember 1960 auslaufenden Abkommen gewonnenen Erfahrungen werden für die Verhandlungen über die entsprechenden neuen Abkommen für beide Seiten von großem Nutzen sein. Möge ihre Auswertung neue Wege für die Ausdehnung des gegenwärtigen Handels erschließen und damit zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern beitragen.“ Die hier ausgesprochene Hoff-

nung kann aber nur dann in Erfüllung gehen, wenn die drei Forderungen beachtet werden, die ich an den Schluß des hier in Betracht gezogenen Buches setzte: Ein von allen Seiten anerkanntes Völkerrecht, Verzicht auf Export und Import als Instrumente der hohen Politik und vor allem Verzicht auf Auslöschen der individuellen Freiheit. Nur auf dieser Grundlage werden sich das gegenseitige Vertrauen und die Achtung einstellen, die unerlässlich sind für eine gedeihliche Eingliederung der Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft.